

Integrationsindikatoren – Zur Nachhaltigkeit von Integrationspolitik

Eröffnung: Nurten Yilmaz, Abgeordnete zum Wiener Landtag,

Einleitung: Hannes Seitner, Geschäftsführer WIF,

Präsentation der Studie: Anton Pelinka, WIF, Universität Innsbruck,

Helga Amesberger, IKF,

Brigitte Halbmay, /IKF,

Melita Sunjić, Pressesprecherin des UNHCR

gemeinsame Veranstaltung mit dem Wiener Integrationsfonds/WIF und der MA-18/Stadtentwicklung und Stadtplanung

22. Juni 2001

Anlass der Diskussion war die Präsentation der Studie „Integrationsindikatoren zur Nachhaltigkeit von Integrationspolitik“. In ihrem Einleitungsstatement erläuterte Nurten Yilmaz, Abgeordnete zum Wiener Landtag, dass der Begriff Integration in unterschiedlichen Bedeutungen verwendet werde. Er stehe zum einen für Assimilation, zum anderen für ein möglichst friedliches Miteinander und zum dritten für ein Verschmelzen örtlicher Kultur mit kulturellen Impulsen der Zuwanderer. Diese begriffliche Unschärfe, so Yilmaz, sei für eine lösungsorientierte Politik ungeeignet. Die Idee zur Studie entsprang dem Wunsch, den Begriff Integration ebenso wissenschaftlich zu definieren wie die Integrationsziele, die Zielgruppe und die Integrationsindikatoren. Yilmaz verwies auf den erfolgreichen Wiener Weg der Integration, der, wiewohl noch viele Fragen offen seien, im Gegensatz zur Bundespolitik seit Jahren auf ein Miteinander statt auf ein Gegeneinander setze. In Wien, so Yilmaz, hätten in den letzten vier Jahren 22.000 ZuwanderInnen von der Sprachoffensive Gebrauch gemacht, in den kommenden fünf Jahren fördere die Stadt den Bau von 5000 Wohnungen mit Integrationsschwerpunkt.

Hannes Seitner, Geschäftsführer des WIF, berichtete von den Grundlagen der Studie. Man habe, so Seitner, 68 Indikatoren definiert, anhand derer deutlich werde, in welchen integrationsrelevanten Bereichen es Erfolge bzw. Misserfolge zu verzeichnen gäbe. Das Projekt, führte Anton Pelinka weiter aus, habe vor Augen geführt, dass man es mit einer höchst heterogenen Zielgruppe zu tun habe: politische Flüchtlinge, GastarbeiterInnen, Kriegsoffer etc. Ziel der Studie sei es gewesen, eine Grundlage für Integrationspolitik zu schaffen. Darüber hinaus könne das Projekt auf die Vernetzung verschiedener Politikfelder hinweisen und ermögliche einen Vergleich mit der Situation in anderen Großstädten.

Den für die Studie verwendeten Integrationsbegriff definierte Brigitte Halbmayr vom Institut für Konfliktforschung wie folgt: Er grenze sich dezidiert vom Konzept der Assimilation ab und hielte stattdessen an der Aufrechterhaltung der kulturellen Eigenständigkeit von MigrantInnen fest. Er lehne sich an die Zielvorstellungen einer pluralistischen Gesellschaft an. Diese sei gekennzeichnet durch gegensätzliche Interessen, Weltanschauungen und kollektive Identitäten. Für alle unterschiedlichen Gruppierungen gelten jedoch die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, der demokratischen Herrschaftslegitimation und die Gewährung liberaler Freiheiten. Nach dieser Definition, so Halbmayr, sei Integration in erster Linie eine Leistungsanforderung an die Mehrheitsgesellschaft.

Ziel des Projekts sei es gewesen, erläuterte Halbmayr, für sämtliche Integrationsbereiche Indikatoren zu erstellen, welche die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, aber auch die Hindernisse von Integration fassbar machen. Die Studie verstehe sich nicht als einmalige Bestandsaufnahme, sondern als Werkzeug für weitere Untersuchungen. Die Indikatoren, so Halbmayr, seien auf drei Dimensionen verteilt:

die sozioökonomischen Indikatoren, die sich auf die Bereiche Familienstruktur, Aufenthalt und Einbürgerung, Bevölkerungsbewegung, Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Einkommen, Wohnbedingungen und Gesundheit bezögen,

Partizipationsindikatoren, die sich mit der Beteiligung in politischen Interessensvertretungen beschäftigten und

Integrationsindikatoren in der kulturellen Dimension, die die Bereiche Bewusstseinsbildung und Information, sprachliche Rechte, Medien, Kunst und Kultur und Religion umfassten.

Bewusst ausgespart habe man die rechtliche Dimension, die in zwei bereits bestehenden Studien ausführlich behandelt worden sei und als Basis für die Erstellung der vorliegenden Studie gedient hätte.

Ein Überblick über Ein- und Ausschluss von Zugewanderten in einer Gesellschaft, so Halbmayr, zeige auch den politischen Handlungsbedarf auf.

Helga Amesberger vom IKF erklärte in der Folge, das Schema der Darstellung der 68 Indikatoren an einem Beispiel. Zuerst, Amesberger, werde der Indikator genannt, dann die These, dann das Für und Wider des Indikators abgewogen und schließlich eine Bewertung durchgeführt. Eine weitere Rubrik lege fest, von wem – ob von der Mehrheitsgesellschaft oder von den MigrantInnen – die Integrationsleistung zu erbringen sei. Die letzten vier Punkte beschäftigten sich jeweils mit der statistischen Situation. Amesberger bemerkte, dass es um die statistische Basis größtenteils schlecht bestellt sei und plädierte für eine genauere statistische Erfassung. Was die Referenzgruppen angehe, denen man die für die Darstellung der Indikatoren jeweiligen MigrantInnen-Gruppen gegenüberstelle, müsse man sehr genau differenzieren, um zu gültigen Schlussfolgerungen zu kommen. Insgesamt, so Amesberger,

bierte der Katalog einen sehr guten Überblick über die Aussagekraft der einzelnen Indikatoren.

In der Diskussion wurde die Frage der volkswirtschaftlichen Berechnung von Integrationspolitik besprochen, die in der Studie nicht erhoben wurde. Die Kosten-Nutzen-Rechnung, so Helga Amesberger in ihrer Antwort, könne leicht in die falsche Richtung führen. Man habe sich auf die Frage konzentriert, welche Faktoren zu einer lebenswürdigen Existenz von MigrantInnen beitragen könnten. Allerdings, so Brigitte Halbmayr, gehe aus einigen Indikatoren – z.B. dem Bereich Gesundheit –deutlich hervor, dass durch schlechtere Lebensumstände höhere Kosten verursacht würden. Hannes Seitner bemerkte, dass die Kostenfrage als politisches Kalkül von Entscheidungen in jedem der maßgeblichen Indikatoren jedenfalls zu berücksichtigen wäre und hielt die Anregung für wichtig. Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit, so war man sich einig, bremse den Prozess der Integration. Auch habe man sich, so Halbmayr, zu stark auf die strukturellen Aspekte der Aufgaben, die die Mehrheitsgesellschaft leisten müsse, konzentriert und weniger auf die individuellen Komponenten. Jeder Einzelne, so Halbmayr, müsse seinen Beitrag zur Integration leisten.

Amesberger wünschte sich abschließend besseres statistisches Material. Sie erwarte sich, dass die vorliegende Studie als Erhebungsinstrumentarium gestaltet werde, mit dem man Integration in verschiedenen Bereichen messen könne. Würde dieses Monitoring in zeitlichen Abständen wiederholt, so Amesberger, könne man daran systematische Veränderungen ablesen. Was die Integrationssituation in den Bundesländern angehe, meinte Amesberger, müsse man die Indikatoren neu ausrichten. Allerdings, so Hannes Seitner, sei derzeit gerade erstmals ein von einem privaten Wiener Institut erstellter Integrationsbericht für die Republik Österreich in Vorbereitung .